

Resolution der Vollversammlung der verfassten Studierendenschaft

Die Studienbedingungen an der Universität sind sichtlich miserabel und machen das Studieren für viele nahezu unmöglich.

Zur sofortigen Verbesserung der Studiensituation an der Universität fordern wir:

- Mehr DozentInnen

Um Studieren zu ermöglichen, brauchen wir mehr Dozenten und Dozentinnen. Das Betreuungsverhältnis von Dozierenden zu Studierenden ist völlig unzureichend, Weder den Lehrenden noch den Studierenden sind die bestehenden Verhältnisse zuzumuten.

- Mehr Räume

Mit einem größeren Angebot in der Lehre muss eine räumliche Expansion einhergehen. Als vorübergehende Lösung fordern wir die Universitätsleitung und die zuständigen Behörden auf kurzfristig Räume zu stellen.

- Mehr Wohnraum

Die Wohnsituation ist verheerend, die Stadt profitiert von der gestiegenen Anzahl an Studierenden. Deshalb fordern wir die Stadt auf preisgünstige Wohnungen oder Studierendenheime in der näheren Umgebung zu stellen und die Infrastruktur zu verbessern.

Die heillose Überfüllung der Hochschulen ist keine vorübergehende Situation. Es handelt sich dabei um die logische Folge eines sozial selektiven und strukturell unterfinanzierten Bildungssystems. Seit Jahren spitzt sich dieser Zustand zu, ohne dass die Politik hierauf angemessen reagiert. Eliteförderungsprogramme wie die Exzellenzinitiative oder kurzzeitige Finanzspritzen, wie der Hochschulpakt, helfen diesem Zustand nicht ab. Stattdessen manifestieren sie die Unterfinanzierung der Hochschulen, indem sie gähnende Finanzlöcher nur scheinbar, teilweise und an Bedingungen geknüpft auffüllen.

Studiengebühren sind keine Lösung!

Entgegen der irreführenden Außendarstellung der Landesregierung, erhebt RLP Studiengebühren in Form von Langzeitgebühren. Die Einführung von allgemeinen Studiengebühren um die Studienbedingungen an der Universität Trier zu verbessern, lehnen wir ab. Das würde eine Verschärfung der sozialen Selektion und eine Einschränkung der Studienortwahl bedeuten.

Privatisierung ist keine Lösung!

Das Bildungssystem darf nicht nach Wirtschaftlichen Kriterien gestaltet werden. Weil Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, muss ihre Finanzierung eine staatliche Aufgabe sein und darf nicht von privaten Interessen geleitet werden.

NCs sind keine Lösung!

NCs sind ein vermeintlich an Leistung orientiertes, aber im Grunde willkürliches Mittel, die StudienanfängerInnenzahlen zu kontrollieren. NCs können das strukturelle Problem der schlechten Studienbedingungen nicht lösen. Stattdessen erhöhen sie die Selektion. Wir lehnen die Wiedereinführung sowie die Verschärfung von NCs ab, weil sie einem freien Zugang zu Bildung für alle widersprechen. Die Universität hat nicht zu viele Studierende, sondern zu wenig Plätze!

Unter den jetzigen Studienbedingungen ist die Erfüllung der Anforderungen eines Bachelor-/Masterstudiums besonders schwer. Erhöhte Abbrecherquoten sind die Folge. Das kann keiner wollen!

Um das Studieren jetzt und in Zukunft zu ermöglichen fordern wir:

- freiere Gestaltung des Studiums, Abweichungen von Studienplänen ermöglichen

Überfüllte Seminare und Vorlesungen sind auch eine Folge unflexibler, unabgestimmter Modulpläne. Es besteht keine Möglichkeit für Studierende ihr Studium individuell zu gestalten. Wir fordern die Möglichkeit, von der vorgegebenen Reihenfolge der Lehrveranstaltungen, wie sie die Studienverlaufspläne vorsehen, abzuweichen.

Auch muss für Diplom und Magister Studierende eine reibungslose Beendigung ihres Studiums in der jetzigen Form gewährleistet werden.

- Freiversuche und mehrfache Veranstaltungswiederholung bei Ba/Ma-Prüfungen ermöglichen

Sobald eine Veranstaltung aufgrund von Überfüllung nicht besucht werden kann, steigt der Lernaufwand. Dies darf keine nachteiligen Auswirkungen auf die Zensuren haben. Einmal eine Note erhalten, bietet sich in den Ba/Ma-Studiengängen keine Möglichkeit diese mit Hilfe eines zweiten Versuchs zu verbessern. Auch muss die Möglichkeit bestehen, Veranstaltungen unbegrenzt häufig zu besuchen.

- Einrichtung einer Orientierungsphase von mindestens einem Semester

Die Studierenden der neu eingeführten Bachelor- Studiengänge befinden sich in einer außergewöhnlichen Lage. Sie sind unvermeidbaren Komplikationen und Fehlinformationen ausgeliefert. So wie die Universitätsleitung sich auf eine Einführungs- und Umstellungsphase neuer Systeme und Studiengänge beruft um Probleme zu rechtfertigen, soll auch den Studierenden eine von der Regelstudienzeit unabhängige Orientierungsphase zugestanden werden, in der keine Leistungen erbracht werden müssen. Eine studentische Beteiligung an der Gestaltung dieser Orientierungsphase ist notwendig.

- Studierbare Studiengänge & die Einrichtung eines zentralen Beratungs und Koordinierungsorgans

Schwierige Studienbedingungen sind der Struktur der Ba/Ma – Studiengänge immanent. Wir fordern die Universitätsleitung ein zentrales Beratungs- und Koordinierungsorgan ins Leben zu rufen. Hierbei ist eine professionelle personelle Ausstattung erforderlich. Diese Institution soll sich konkret mit strukturellen Problemen innerhalb der Umstellung auseinandersetzen.

- Einrichtung eines Teilzeitstudiums

Die Ba/Ma Studiengänge sind als Vollzeitstudium konzipiert. Besonders arbeitenden Studierenden, Studierenden mit Kind und Studierenden mit Behinderung ist aufgrund der unflexiblen Studienordnung und des hohen Arbeitsaufwands das Studieren erheblich erschwert worden. Nicht nur die Verlängerung der Regelstudienzeit sondern auch ein Abweichen von der Studienordnung muss für die Einrichtung eines Teilzeitstudiums gewährt werden.

- Rechte statt Pflichten

Die Einhaltung der Anwesenheitspflicht und Mindestpunktevorgaben sind unter den gegenwärtigen Studienbedingungen nicht gewährleistet. Wir fordern unser Recht in unseren Veranstaltungen anwesend sein zu können und die Abschaffung der Mindestpunktvorgaben, weil sie einem selbstbestimmten Studium widersprechen.

- Veranstaltungen durch Studierende bewerten lassen

Die Möglichkeit der Studierenden, ihre Lehrveranstaltungen und die Studienstruktur zu bewerten, ist ein zentrales Element der Bachelor/Master- Reform. Wir fordern die schnelle Einführung dieses Instruments der Qualitätssicherung an unserer Universität. So können die Studierenden mitwirken, die Problematiken aufzeigen und Veränderungen möglich machen.

- Anpassung der BAföG-Vorgaben

Die Einhaltung der Regelstudienzeit ist unter den gegebenen Umständen nicht gewährleistet, was die Erfüllung der BAföG-Vorgaben erschwert. Um ein Studium dennoch zu ermöglichen, müssen die BAföG- Anforderungen angepasst werden.

- Hochschulfinanzierung umgestalten

Die schlechten Studienbedingungen sind direkte Folge einer falschen Haushaltspolitik seitens der Bundes-

und Landesregierung. Weder die Höhe noch die Verteilung der Mittel ist der Situation angemessen. Wir fordern eine Umgestaltung der Hochschulfinanzierung, welche die strukturellen Finanzprobleme dauerhaft löst.

Wir fordern die Universitätsleitung auf, die schlechten Studienbedingungen nicht herunterzuspielen, die strukturellen Ursachen der Misere anzuerkennen und mit den Studierenden gemeinsam für diese Forderung zu kämpfen und sie gegenüber Bund und Land zu vertreten!

Wir solidarisieren uns mit allen Angehörigen der Hochschule (Dozierenden, wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal), die von der Misere betroffen sind!!!

Wir, die Studierenden dieser Universität, werden uns fortan gegen diese Bedingungen wehren. Wir rufen die übrigen Angehörigen der Hochschule dazu auf, sich unserem Protest anzuschließen!